Ressort: Finanzen

Kommunen erneuern Forderung nach Übergangslösungen beim Kitaausbau

Berlin, 30.01.2013, 13:13 Uhr

GDN - Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erneuert seine Forderung nach Übergangslösungen beim Kitaausbau. "Nicht in allen Kommunen wird der Rechtsanspruch erfüllt werden", sagte Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der Tageszeitung "Neues Deutschland" (Donnerstagausgabe).

Neben Containerlösungen bei fehlenden Räumlichkeiten stellte Lübking für einen Übergangszeitraum auch eine Vergrößerung der Kindergruppen zur Diskussion: "Wir wollen nicht generell die Gruppengrößen erhöhen, sondern es geht uns lediglich darum, vorübergehend zusätzlich ein oder zwei Kinder aufzunehmen." Im August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige in Kraft. Für die Umsetzung des Kitaausbaus sind die Kommunen zuständig. Falls es zu Entschädigungszahlungen an die Eltern kommt, die keinen Platz für ihre Kinder gefunden haben, fordert der Städte- und Gemeindebund Unterstützung für die Kommunen. Bund und Länder hätten den Rechtsanspruch nach dem Krippengipfel 2007 verankert - "gegen die ausdrückliche Warnung der kommunalen Spitzenverbände", so Lübking.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-6749/kommunen-erneuern-forderung-nach-uebergangsloesungen-beim-kitaausbau.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619